Nr. 282 XXVI. Jahrgang

Dienstag, 15. Oktober 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 15 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Villen- oder Kunstsatz 50% Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumschau Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50% Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40 vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.49, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10, Einz.-Numm. 10 Pf.

Die Entente in Uebereinstimmung mit Wilson

Wachsende Friedensbereitschaft im englischen Parlament — Feindliche Stimmungsmache wegen der Zerstörungen in Frankreich — Negatives Ergebnis der Audienzen österreichischer Parteiführer bei Kaiser Carl

Die deutsche Antwort unterwegs

Obgleich noch keine Meldung aus Washington vorliegt, darf man annehmen, daß Präsident Wilson jetzt im Besitz der deutschen Antwortnote ist. Sie ist gleich wie die Rückfrage Wilsons über Frankreich geleitet worden. Reuter meldet aus Washington: „Nach Kenntnisnahme des durch drahtlose Uebermittlung bekanntgewordenen Inhalts der Note wird in offiziellen Kreisen Washingtons erklärt, auf den ersten Blick scheine die Antwort eine völlige Annahme der Bedingungen Wilsons und eine befriedigende Beantwortung seiner Fragen darzustellen." Den meisten Widerstand findet der Friedensschritt der Mittelmächte noch immer in Frankreich. In der überchauvinistischen Pariser Presse macht sich nach wie vor die große Furcht vor dem Frieden bemerkbar. „Der Frieden", setzt das „Journal" in fetten Buchstaben an die Spitze des Blattes, „kann unvermutet ausbrechen. Sind wir bereit?" Nichts zeigt deutlicher die Besorgnis der Jusqu'au-Boutisten, die Verhandlungen mit Wilson könnten zu einem glücklichen Ende führen, und deshalb fahren sie fort, die Demokratisierung Deutschlands als eine bloße Komödie darzustellen. Man will, noch ehe die Antwort auf die letzte Note Wilsons bekannt ist, ihr jeden Wert nehmen, indem man sie als eine Scheinkundgebung des deutschen Volkswillens und daher als völlig wertlos bezeichnet. „Die in den letzten Tagen in Deutschland eingeführten Reformen", so schreibt das „Journal", „bedeuten gar nichts. Die Vorherrschaft des Säbels in Deutschland ist unbestritten und mit dem Kultus der Macht verbunden. Deshalb können wir nicht an die Bekehrung Deutschlands glauben und müssen unsre unerläßlichen Vorsichtsmaßregeln ergreifen." Das „Echo de Paris" schreibt: „Was Amerika anbetrifft, so liest man mit Verdruß die Kommentare der dortigen Zeitungen. Sie verbergen nicht, daß sie die von Wilson früher befolgte Methode derjenigen von heute vorziehen. Sie warnen vor den Gefahren einer Unterhaltung, die sich verlängern könnte. Sie sprechen sich gegen das Freilassen aus und bestehen auf dem völligen Sieg. Wir hoffen, daß in wenigen Tagen die Mittelmächte ihrer Verzweiflung überlassen werden." Der „Temps" sagt: „Unter dem Drucke der Niederlage zentralisiert sich Deutschland, Oesterreich-Ungarn löst sich in eine Föderation auf. Es wäre eine widerspruchsvolle und äußerst gefährliche Politik, wenn man gleichzeitig die Befreiung der slawischen Nationalitäten und die Vereinheitlichung der deutschen Staaten begünstigte. Stellt man den Grundsatz auf, daß das Recht der Nationalitäten zu achten ist, so ist es unzulässig, Bayern, Sachsen oder gar die Deutschen Oesterreichs unter die Walze der preußischen Sozialdemokraten zu bringen. Wenn man Polen, Tschechen und Südslawen für frei erklärt, so muß man neben ihnen dieses ungeheure Unterdrückungswerkzeug nicht bestehen lassen, das eine Zentralisierung Deutschlands bedeuten würde. Die Demokratisierung Deutschlands bietet keine genügende Bürgschaft dafür, daß die Nachbarn Deutschlands in Zukunft ruhig leben können."

Die Versuche, Mißtrauen in die deutsche Nation hineinzutragen, werden der französischen Kriegspresse nicht gelingen. Gerade in der Stunde der Gefahr schließt sich das deutsche Volk enger denn je zusammen. Im Rate der Alliierten werden ja die Pariser Chauvinistenkreise nicht allein ausschlaggebend sein, und es ist nicht ohne Bedeutung, daß

im englischen Parlament eine Friedensmehrheit

besteht. Auch die Alliiertenkonferenz hat sich auf den Standpunkt Wilsons gestellt:

a. Basel, 14. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der parlamentarische Mitarbeiter des „Manchester Guardian" schreibt, daß im englischen Unterhause eine Dreifünftelmehrheit für den sofortigen Eintritt in Friedensbesprechungen auf Grund der Wilsonschen Vorschläge vorhanden sei.

a. Basel, 14. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Times", „Daily Telegraph" und „Daily Mail" melden aus Paris, daß die Alliiertenkonferenz im Prinzip dem Programm Wilsons zugestimmt habe.

k. Berlin, 14. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die „Times" melden, daß auf der Konferenz der englischen Dominions am Freitag in Vertretung Lloyd Georges Balfour zum erstenmal amtlich von der Möglichkeit nahegerückter Verhandlungen für einen ehrenvollen Abschluß des Krieges sprach.

z. Zürich, 14. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Secolo" meldet: Sonnino empfing auf dem Bahnhof in Turin Vertreter der dortigen Presse, die den Minister über das Ergebnis der Pariser Konferenz ausfragten. Sonnino bezeichnete die Ergebnisse als erfreulich für die nicht mehr fernen Verhandlungen, um die Einheit der Alliierten und ihre Forderungen sicherzustellen. Sonnino schloß: Der Friede ist jetzt auf dem Wege, ein Friede des Rechts und der Freiheit aller Nationen.

kg. Berlin, 14. Oktober. Der interfraktionelle Ausschuß des Reichstages tritt am Mittwoch 9 Uhr vormittags zusammen. Man erwartet in den Kreisen der Mehrheitsparteien bis dahin bereits das Vorliegen einer Antwort aus Washington.

Ob bis Mittwoch vormittag schon eine Antwort aus Washington vorliegt, läßt sich jetzt natürlich noch nicht voraussehen. Man darf erwarten, daß Präsident Wilson selbst die Sache nach Möglichkeit beschleunigen wird. Die Stellungnahme der Verbündeten ist bereits auf der Pariser Konferenz festgelegt worden, so daß ein langwieriger Meinungsaustausch nicht zu erwarten ist. Immerhin müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß die Rückäußerung Wilsons erst in einigen Tagen eintreffen wird.

•

Zur Räumungsfrage

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

id. Wien, 14. Oktober.

An zuständiger Stelle fragte ich an, ob sich der Passus der Antwort an Wilson, die deutsche Regierung sei im Einvernehmen mit der Wiener Regierung bereit, den Räumungsvorschlägen des Präsidenten zu entsprechen, nur auf die österreichisch-ungarischen Truppen an der Westfront in den besetzten Gebieten bezieht oder auch auf die in Italien, Serbien und in Montenegro besetzten Gebiete. Darauf wurde geantwortet, daß sich der fragliche Passus auf alle im Westen, Südwesten und Süden von den österreichischen Truppen besetzten Gebiete beziehe. Damit ist wegen der Räumungsfragen auch Oesterreich-Ungarns Antwort an Wilson erteilt. Das mußte, wie diese Stelle hinzufügte, geschehen, weil Wilson in seiner Note erklärte, er könnte den Vorschlag eines Waffenstillstandes seinen Verbündeten nicht übermitteln, solange die Heere der Mittelmächte auf deren Boden ständen. (kf)

•

Französische Berufung auf Foch

* Genf, 14. Oktober

Die vorige Pariser Ententekonferenz rechnete, nach Pariser Meldungen, schon mit der Bereitwilligkeit der Mittelmächte, die besetzten Gebiete zu räumen. Wilson ist somit, wie der „Matin" und andre Organe Clemenceaus hervorheben, in voller Kenntnis der Ententeforderungen für Bewilligung des Waffenstillstandes. Denn nicht als Schiedsrichter, sondern als Stimmführer der Entente solle Wilson deren Beschlüsse bekanntgeben. Seine Sprache müsse demgemäß eine wesentlich andre sein als die seiner jüngsten Note. Man werde diesmal Foch heraushören. Zur Frage der Einsetzung einer gemischten Kommission liegen noch keine sachkritischen Stimmen vor. Nach Clemenceaus „Homme libre" sollte man Foch nicht verhindern, seine wichtigen Operationen gegen das Gobainer Massiv und die Aisette-Höhen fortzusetzen. Die Sozialdemokraten erneuern ihre energische Forderung, die Einstellung der Feindseligkeiten nicht zwecklos zu verzögern.

•

„Weitgehendes Entgegenkommen"

* Kopenhagen, 14. Oktober

„Berlingske Tidende" schreibt zu Deutschlands Antwort: Die Antwort enthält ein weitgehendes Entgegenkommen. Sie ist klar und unzweideutig. Aber die uns interessierende Frage, ob der Frieden bald kommt, kann nicht direkt bejaht werden. Man darf immerhin als sicher annehmen, daß der Friedenswille, den Deutschland durch seine Antwort an den Tag legte, von nun an zum Frieden führen wird. — „Sozialdemokraten" meint sehr optimistisch: Diese Antwort muß den Weltfrieden bedeuten. Ist erst der Waffenstillstand geschlossen, dann wird es fast unmöglich sein, den Krieg weiterzuführen.

Erfolgreiche Abwehrkämpfe

× Großes Hauptquartier, 14. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Vorstöße des Gegners gegen die Kanal-Front beiderseits von Douai wurden abgewiesen. Der Feind, der vorübergehend in Rubigny au Bac eindrang, wurde im Gegenstoß wieder hinausgeworfen. Nordöstlich von Cambrai sind stärkere englische Angriffe zwischen Bouchain und Haspres gescheitert. Südlich von Solesmes säuberten wir ein aus den letzten Kämpfen noch verbliebenes Engländernest.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Nördlich der Oise wurden erneute Angriffe der Franzosen bei und südlich von Aisonville abgewiesen. Nördlich von Laon und an der Aisne stehen wir in unsern neuen Stellungen. Die erfolgreichen Kämpfe der letzten Tage am Chemin des Dames und in den Stellungen an der Suippes, vor denen der Feind in fast täglich wiederholtem vergeblichen Ansturm schwere Verluste erlitt, haben hier ebenso wie auf dem Schlachtfelde in der Champagne die glatte Durchführung der Bewegungen ermöglicht.

Heeresgruppe Gallwitz

Beiderseits der Maas keine größeren Kampfhandlungen. In erfolgreichen Angriffsunternehmungen nahmen wir kleinere, nach Abschluß der Kämpfe des 12. Oktober noch vom Feinde besetztgehaltene Stellungsteile wieder.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff

Ein Staatsgerichtshof gefordert

(Privattelegramm)

+ München, 14. Oktober

An dem gestrigen Versammlungstag des Münchner Parteitages beteiligten sich zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, darunter auch Gäste aus nichtbayrischen Staaten. Nach einem Bericht des Reichstagsabgeordneten Hermann Müller über Reichs- und Auslandspolitik wurde nachstehende Resolution gefaßt:

„Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Bayerns fordert vom Reichstag die Einsetzung und Wahl eines Staatsgerichtshofes zur Feststellung und Aburteilung aller Schuldigen, die frühere Friedensschritte zum Scheitern brachten und damit für den unglücklichen Kriegsausgang und für die ungeheuren Lasten und Opfer, die wir während und nach dem Kriege zu tragen haben, die Verantwortung tragen. Diese Untersuchung hat vor keiner auch noch so hochstehenden Person haltzumachen. Ferner fordert der Parteitag eine nach dem Willen des Volkes durch Gesetz herbeizuführende Straferlassung und Untersuchungseinstellung bezüglich aller politischen Verbrechen und Vergehen."

Der neue Greuelfeldzug

× Berlin, 13. Oktober. (Amtlich)

Seit dem Friedensvorschlage der deutschen Regierung an Präsident Wilson hat eine unerhörte Hetze von französischer und englischer Seite wegen der angeblich systematischen Verwüstungen bei unsrer Rückwärtsbewegung in Nordfrankreich eingesetzt. Jede Stadt, die von den englischen und französischen Geschützen in einen Trümmerhaufen verwandelt worden ist, wird als von den deutschen Truppen verwüstet, geplündert und in Brand gesteckt bezeichnet. Von jedem Dorfe, das nach erbittertem Kampfe von den deutschen Truppen geräumt wird, soll Amerika, wie dem französischen und englischen Volke die Ueberzeugung beigebracht werden, es sei mutwillig von den Deutschen verwüstet worden. Von feindlichen Fliegerbomben getroffene Magazine und in Brand geschossene Munitionsdepots begeichnen in den Augen der in London und Paris sitzenden „Berichterstatter" mit ihren Rauchsäulen die angeblich von uns in Brand gesteckten Orte.

Die Verlegenheit, ja die Dummheit der Behauptung, daß unsre Soldaten nun auf einmal anfangen sollen, ihre eigenen Quartiere in Brand zu stecken, kümmert die Verfasser wenig. Sie ignorieren die Tatsache, daß Tausende von Franzosen, die ruhig unter der deutschen Besatzung gelebt haben, nunmehr verzweiflungsvoll aus Angst vor dem Feuer der Geschütze ihrer „Befreier" aus den Städten Nordfrankreichs nach Belgien flüchten.

Die Welt muß wissen, daß diese Berichte glatt erfunden sind und lediglich zu dem Zweck verbreitet werden, um die Kriegsleidenschaften aufs neue zu entfachen, und, wenn irgendmöglich, den Frieden, den wir anstreben, zu verhindern; denn es ist wahr, daß die Städte St-Quentin, Cambrai, Douai und Laon sich in rauchende Trümmerhaufen verwandelten. Die Verantwortung dafür tragen die feindlichen Flieger und Batterien, die seit Wochen die Ortschaften mit Granaten und Brandbomben belegen.

Zu diesem Greuelfeldzug gehört auch die Erregung über die Versenkung eines japanischen und eines englischen Passagierdampfers, die mit größter Anstrengung von den feindlichen Telegraphenagenturen geführt wird. So sehr auch der Tod im Kriege nicht direkt beteiligter Zivilisten bedauert werden muß, so muß doch gegen die feindliche Pressemache betont werden, daß für ein U-Boot ein Unterschied zwischen einem Passagierdampfer und einem Transportschiff unmöglich ist, genau so, wie es dem englischen Flieger unmöglich ist, zu unterscheiden, ob seine Bomben in Brügge deutsche Soldaten oder belgische Bürger töten. Nur bei der immer häufiger werdenden Bombardierung deutscher Städte am Rhein muß der englische Flieger so gut wie sicher sein, daß er lediglich die Zivilbevölkerung tötet oder verwundet.

Die Krise in Oesterreich-Ungarn

Von unserm ld-Mitarbeiter

Wien, 11. Oktober

Man erlebt jetzt hierzulande das Ende einer Fiktion, die 50 Jahre lang als sakrosankte Wirklichkeit gewalten hat. Seit 1867, seit dem Uebereinkommen, das Kaiser Franz Joseph mit Franz Deák schloß, wurden Außenpolitik vom Innenpolitik scharf geschieden. Für die auswärtigen Angelegenheiten wurde ein Minister des Aeußern bestellt, der weder Mitglied des österreichischen noch des ungarischen Ministeriums war, sondern als sog. gemeinsamer Minister auf einsamer, weltfremder Höhe thronte. Die parlamentarische Behandlung der Außenpolitik wurde den Delegationen zugewiesen, und als Sakrileg galt es, in den Parlamenten der beiden Staaten von Außenpolitik zu reden. Ungarn hat diese strenge Scheidung schon seit längerer Zeit durchbrochen, und im ungarischen Reichstage war zeitweilig von äußeren Angelegenheiten die Rede, in Oesterreich aber wurden die „Kompetenzen" bis vor kurzem streng reglementiert, und erst im letzter Zeit haben hier und da die österreichischen Ministerpräsidenten bei besonders wichtigen Anlässen im Reichsrate kurze Konzepte verlesen, die der Minister des Aeußern ihnen aufgesetzt hatte. Der Krieg und noch mehr die Friedensbewegung haben die Scheidung zwischen Aeußerem und Innerem über den Haufen geworfen. Die Entente hat sich zur Unterwühlung der Staatlichkeiten dies- und jenseits der Leitha von Kriegsbeginn an für das Schicksal der Völkerschaften in der Monarchie angeblich interessiert, und Wilson hat sich in die innerpolitische Struktur der Monarchie ganz direkt eingemischt. Die Nationalitäten haben diese Einmischung von außenstehenden Faktoren gierig aufgegriffen, und gleich am 30. Mai 1917, als nach mehrjähriger Pause das Parlament wieder zusammentrat, haben die Redner der oppositionellen Völkerschaften, vor allem die Tschechen, ganz offen und unumwunden ihr Schicksal in die Hände des feindlichen Auslands beziehungsweise der seinerzeitigen Friedenskonferenz gelegt. So hat sich jetzt die Friedensfrage mit den Innenproblemen Oesterreich-Ungarns verquickt, und da die entscheidenden Kreise dem Frieden zustreben, muß man sich auch an die Ordnung im Innern heranmachen, um der Friedenskonferenz zuvorzukommen. Daher die latenten und offenen Krisen in beiden Staaten der Monarchie, Ministerkrisen, Parlamentskrisen, Staatskrisen.

Sehr auffällig, daß Wilson die Friedensnote des Grafen Burian nicht gleichzeitig mit der des deutschen Kanzlers beantwortet hat. Beide Noten waren, wenn auch nicht wörtlich gleichlautend, so doch inhaltlich übereinstimmend. Wenn Wilson als Voraussetzung für die Mitteilung der Note Deutschlands an die Ententestaaten die Räumung der von den deutschen Heeren besetzten Gebiete in Belgien und Frankreich verlangt, so hätte er Anlaß gehabt, das gleiche Vorgehen auch von Oesterreich-Ungarn zu verlangen, denn die Truppen der Monarchie stehen in Venezien in Serbien und in Montenegro. Nun spricht der zweite Satz der Wilson-Note zwar von der Räumung durch die „Mittelmächte", kann sich also auch auf Oesterreich-Ungarn beziehen, und es gilt nicht als ausgeschlossen, daß Deutschland nach gepflogenem Einvernehmen mit der Monarchie auch in deren Namen die Antwort an Wilson erteilen wird. Immerhin fällt es auf, daß es in einer offiziösen Washingtoner Mitteilung hieß, eine Antwort an Wien werde vom Präsidenten derzeit nicht in Erwägung gezogen. Damit nun Herrn Wilson jeder Anlaß vorweggenommen werde, in seiner Antwort etwa erst eine Vorbedingung zu stellen, die sich auf die inneren Verhältnisse bezieht, ist man bestrebt, so rasch wie möglich eine Neuorientierung in der inneren Politik herzustellen, die den Wilsonischen Auffassungen beiläufig entspricht. Darum steht man jetzt vor Ministerkrisen in Oesterreich und Ungarn.

Herr v. Hussarek hat sich zwar möglich zu machen gesucht, indem er selbst das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker Oesterreichs verkündete, allein die Tschechen lehnen ihn persönlich ab, weil er den Deutschen zuliebe das Kreisgericht in Trautenau errichtet und die Zweiteilung der böhmischen Landesverwaltungskommission durchgeführt hat. Sachlich wollen sie von Oesterreich überhaupt nichts wissen, sondern tun sich schon heute als unabhängigen Staat außerhalb des Rahmens der Monarchie auf. Ihrem Beispiel folgten die Südslawen und neuerdings auch die Polen. Dazu kommt, daß sowohl Tschechen wie Südslawen nicht den geringsten Respekt vor der Integrität des Gebietes der ungarischen heiligen Krone bekunden, indem die ersteren dreizehn nordungarische Komitate für den tschecho-slowakischen Staat, die letzteren Kroatien-Slawonien für das südslawische Gemeinwesen reklamieren. Nun gibt es in Washington zwei Regierungen: die der Vereinigten Staaten mit dem Präsidenten Wilson an der Spitze und den tschecho-slowakischen Nationalrat, den Wilson als Alliierten anerkannt hat, mit Professor Masaryk an der Spitze. Nicht ausgeschlossen, daß Masaryk die Antwortnote Amerikas an Oesterreich-Ungarn beeinflußt, und schon darum möchte man hier rasch Ordnung machen. Da nun Herr v. Hussarek von den slawischen Parteien abgelehnt wird und auch die Deutschen sich für ihn nicht einsetzen, weil er das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkündete, ohne früher Garantien für den Fortbestand des Staates zu schaffen, so wird für ihn ein Nachfolger gesucht.

Desgleichen wird in Ungarn Dr. Wekerle seinen Platz verlassen müssen, weil er in Kompromißpackeleien mit Tisza das Wahlrecht verfälschte und sich dadurch die Gegnerschaft der Demokraten und Sozialdemokraten